

Antrag

der Abgeordneten Katherina Reiche, Thomas Rachel, Dr. Christoph Bergner, Dr. Maria Böhmer, Michael Kretschmer, Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Helge Braun, Vera Dominke, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Volker Kauder, Werner Lensing, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Uwe Schummer, Marion Seib, Angelika Volquartz und der Fraktion der CDU/CSU

Sachgerechte Planungsentscheidungen zum Bau einer Europäischen Spallations-Neutronenquelle ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu dem von den europäischen Staats- und Regierungschefs auf der Tagung des Europäischen Rates im März 2000 formulierten Ziel, die Europäische Union bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ umzugestalten.

Er erinnert die Bundesregierung an die von ihr eingegangenen Verpflichtungen im Ratsbeschluss von Barcelona (2002), zur Erhöhung der Investitionsausgaben für Forschung und technologische Entwicklung beizutragen, die im Jahre 2010 im Durchschnitt der gesamten EU bei 3 % des BIP (Bruttoinlandsprodukt) liegen sollen.

Bei der Erfüllung dieser anspruchsvollen Ziele kommt den Entscheidungen über Großgeräte der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung eine strategische Bedeutung zu. Die in diesem Zusammenhang notwendigen politischen und finanziellen Prioritäten müssen mit großer Sorgfalt gesetzt werden und den erheblichen Nachholbedarf an Investitionen für Forschung und Entwicklung im Hinblick auf die Ratsziele von Lissabon und Barcelona berücksichtigen.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Die Entscheidungen der Bundesregierung über Großgeräte der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung, über die der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung auf Ausschussdrucksache 15(17)43 im Nachhinein informiert wurde, erfolgten ohne angemessene Einbeziehung des Parlaments. Damit wurde dem Deutschen Bundestag keine Gelegenheit gegeben, sich an der damit verbundenen forschungs- und haushaltspolitischen Prioritätensetzung zu beteiligen.
- Die Bewertung des beantragten Großprojektes Europäische Spallations-Neutronenquelle kann auch nach Einschätzung des begutachtenden Wissenschaftsrates nicht als endgültige Ablehnung des Vorhabens gelten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Anstrengungen zu unternehmen, damit Europa seine wissenschaftliche Führungsrolle in der Forschung im Bereich der Neutronenspallationsquelle nicht an die USA und Japan verliert.
2. Das zweite vom Wissenschaftsrat beabsichtigte Begutachtungsverfahren zur ESS (Europäische Spallations-Neutronenquelle) einzuräumen. In diesem Rahmen soll eine neue Prüfung und unabhängige wissenschaftliche Bewertung des Projektes durch den Wissenschaftsrat ermöglicht werden.
3. Die Bewertung soll, wie zwischen den antragstellenden Ländern (Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt) und dem Wissenschaftsrat vereinbart, nach einem zeitlich getrennten zweistufigen Verfahren erfolgen. Die Finanzierung und die Standortfrage sollen erst in der zweiten Stufe behandelt werden.
4. Die Ergebnisse der Bewertung und die Schlussfolgerungen der Bundesregierung sind im zuständigen Parlamentsausschuss zu erörtern.
5. Erst am Abschluss dieses zweiten Bewertungsverfahrens soll die Entscheidung über das Projekt Spallations-Neutronenquelle fallen.
6. Nach erfolgreicher Begutachtung durch den Wissenschaftsrat, Verhandlungen mit europäischen Partnern zur gemeinsamen Umsetzung des Projektes Europäische Spallations-Neutronenquelle zu führen.

Berlin, den 11. März 2003

Katherina Reiche
Thomas Rachel
Dr. Christoph Bergner
Dr. Maria Böhmer
Michael Kretschmer
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Helge Braun
Vera Dominke
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Volker Kauder
Werner Lensing
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Uwe Schummer
Marion Seib
Angelika Volquartz
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Begründung

Die Entscheidung über den Bau einer europäischen Neutronen-Spallationsquelle besitzt eine beträchtliche strategische Bedeutung für die Wissenschaftsentwicklung und die Ausprägung zukünftiger Innovationspotentiale in Deutschland und Europa. Die Neutronenforschung ist eines der Wissenschaftsgebiete, auf denen Europa weltweit eine Spitzenposition einnimmt. Diese Füh-

rungsstellung wird nur zu behaupten sein, wenn die EU auch zukünftig über modernste Ausstattung auf diesem Sektor verfügt.

Gegenwärtig werden sowohl in den USA (SNS) wie auch in Japan (I-PARC) neue leistungsfähige MW-Spallationsquellen entwickelt, die dem Konzept der ESS entsprechen. Das „European Strategy Forum for Research Infrastructures“ (ESFRI) hält nicht zuletzt auch mit Blick auf diese Projekte den Bau einer großen Neutronenquelle für notwendig, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhalten.

Von der Verfügbarkeit einer leistungsfähigen Neutronenquelle würden unterschiedlichste Wissenschaftsgebiete wie Physik, Chemie, Pharmazie, Biologie, Werkstoffforschung u. a. profitieren. Eine solche Anlage böte Arbeitsmöglichkeiten der Grundlagen- wie der angewandten Forschung und könnte führende Wissenschaftler aus aller Welt an europäische Forschungsstandorte binden.

Angesichts der hohen Bedeutung des Projektes muss die Entscheidung der Bundesregierung, die im Rahmen des jüngsten Beschlusses über Großprojekte der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung zur Ablehnung des ESS-Vorhabens führte, als unzureichend begründet gelten.

Das Parlament, das hierbei bisher nicht hinreichend beteiligt war, sollte deshalb eine weitere Prüfung des Projektes ermöglichen.

Dabei kann das zwischen Wissenschaftsrat und den antragstellenden Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen ausgehandelte Verfahren Grundlage für eine angemessene Entscheidungsfindung sein.

